



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

13. April 2018

Wochenbericht KW 15

forsa | Emnid | FG Wahlen | infratest dimap

Wähleranteile:	Union bei 33 % bzw. 32 %, SPD zwischen 20 % und 18 %
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Beurteilung der Bundesregierung bei vielen politischen Aufgaben deutlich weniger positiv
Wirtschaft:	Optimistische Erwartungen bei derzeitiger Wirtschaftsentwicklung überwiegen; langfristige Wirtschaftserwartungen eher pessimistisch
Allgemeine Lebenslage:	Kritischere Sicht der Entwicklung im Land, gleichwohl hohe Zufriedenheit mit der Lebensqualität in Deutschland
Thema Bundesregierung:	Flüchtlingspolitik
Wichtigste Themen:	Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik Bürgerkrieg in Syrien, Giftgasangriff, Drohung Trumps

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	Emnid¹ für BamS	FG Wahlen² für ZDF
CDU/CSU	32 (-1)	33 (-1)	33 (+1)
SPD	20 (+2)	18 (+1)	19 (-)
FDP	9 (-)	9 (+1)	8 (-1)
DIE LINKE	10 (-)	11 (-)	9 (-2)
B'90/Grüne	11 (-1)	11 (-1)	14 (+2)
AfD	13 (-)	14 (+1)	13 (-)
Sonstige	5 (-)	4 (-1)	4 (-)
Erhebungszeitraum	03.-06.04.	05.-11.04.	10.-12.04.

Die Union liegt bei Emnid 15 (-2), bei FG Wahlen 14 (+1) und bei forsa 12 (-3) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
Merkel	49 (-2)
Nahles	15 (+2)
Merkel	44 (-2)
Scholz	21 (-)
Erhebungszeitraum	03.-06.04.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 34 (-4) Prozentpunkte vor Andrea Nahles und 23 (-2) Prozentpunkte vor Olaf Scholz.

86 % (+1) der CDU/CSU-Anhänger präferieren Merkel und 4 % (+1) Nahles. Von den SPD-Anhängern würden sich 36 % (+4) für Nahles und 36 % (-) für Merkel entscheiden.

Bei der Alternative zwischen Merkel und Scholz sprechen sich 81 % (+1) der CDU/CSU-Anhänger für Merkel und 6 % (-2) für Scholz aus; von den SPD-Anhängern präferieren 49 % (-) Scholz und 27 % (-) Merkel.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (15.04.2018)

² im Vergleich zur KW 11

Problemlösungskompetenz

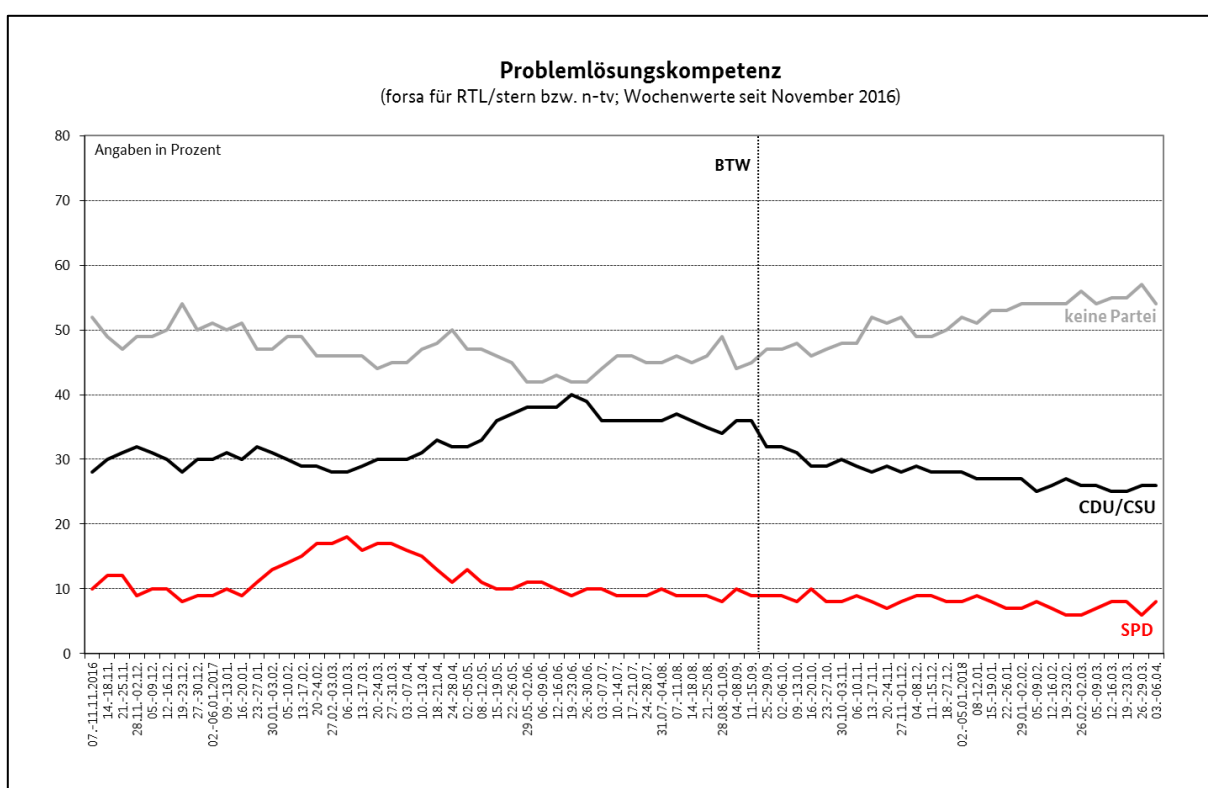
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
CDU/CSU	26 (-)
SPD	8 (+2)
sonstige Parteien	12 (+1)
keine Partei	54 (-3)
Erhebungszeitraum	03.-06.04.

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 18 (-2) Prozentpunkte vor der SPD.

54 % (-3) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

66 % (+1) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 35 % (-) von ihrer Partei.



Wichtigkeit politischer Aufgaben im April 2018

Erhebung für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im März 2018

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	71 (-1)	27 (+1)	1 (-)	1 (+1)
Bedingungen der Pflege verbessern	64 (-4)	32 (+4)	2 (-2)	1 (+1)
Altersversorgung langfristig sichern	60 (-6)	38 (+7)	2 (-)	0 (-1)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	58 (-)	36 (-2)	4 (+1)	1 (+1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	58 (-2)	35 (-1)	5 (+1)	1 (-)
innere Sicherheit gewährleisten	57 (+4)	37 (-3)	6 (-)	0 (-)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	53 (+4)	42 (-3)	4 (-1)	0 (-)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	51 (+7)	37 (-6)	10 (-1)	1 (-)
Steuerlast gerecht verteilen	50 (-2)	42 (+5)	5 (-3)	2 (+1)
Gesundheitswesen modernisieren	47 (-4)	44 (+5)	6 (-3)	1 (-)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	44 (-1)	46 (+5)	9 (-2)	0 (-2)
Zuwanderung von Ausländern regeln	43 (+7)	40 (-4)	11 (-2)	5 (-)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	34 (-1)	42 (-5)	13 (+2)	9 (+4)
neue Technologien fördern	33 (-3)	48 (-)	14 (-)	3 (+2)
für bezahlbare Strompreise sorgen	32 (-)	49 (-2)	16 (+1)	1 (-)
deutsche Interessen in der EU vertreten	31 (+1)	52 (-4)	13 (+1)	2 (-)
Verbraucherschutz stärken	30 (+5)	53 (-4)	15 (-)	1 (-)
Energiewende zügig vorantreiben	27 (-2)	50 (-2)	16 (+1)	5 (+1)
Staatsschulden begrenzen	26 (+4)	52 (-)	16 (-4)	4 (-)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	24 (+1)	52 (-7)	18 (+4)	4 (+2)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	23 (+1)	56 (-4)	15 (+3)	4 (+1)
Erhebungszeitraum	04.-10.04.2018			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger nach wie vor die wichtigste politische Aufgabe und wird überdurchschnittlich häufig von unter 30-Jährigen (81 %), Ostdeutschen und Personen mit hoher formaler Bildung (jew. 76 %) sowie von Anhängern der Grünen (79 %) und der Linkspartei (77 %) als sehr wichtig angesehen. 50- bis 59-Jährige (64 %) betrachten sie unterdurchschnittlich oft als sehr wichtig.

Die Aufgabe "Bedingungen der Pflege verbessern" wird von 50- bis 59-Jährigen (77 %) und Personen mit mittlerer formaler Bildung (74 %) sowie von Anhängern der Linkspartei (74 %) und der SPD (72 %) überdurchschnittlich häufig als prioritär angesehen. Frauen nennen diese Aufgabe häufiger als Männer (76 % zu 51 %). Unter 40-Jährige (54 %) sowie Anhänger der FDP (38 %) halten eine Verbesserung der Pflege unterdurchschnittlich oft für sehr wichtig.

● Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen im April 2018

Ergebnis für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im März 2018

politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	63 (-7)	24 (+4)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	63 (-5)	27 (+2)
deutsche Interessen in der EU vertreten	63 (-7)	28 (+3)
innere Sicherheit gewährleisten	54 (-8)	38 (+6)
Staatsschulden begrenzen	53 (-6)	33 (+4)
neue Technologien fördern	52 (-7)	33 (+2)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	52 (-13)	39 (+9)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	48 (-6)	42 (+2)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	48 (-1)	44 (-1)
Verbraucherschutz stärken	46 (-6)	40 (+2)
für bezahlbare Strompreise sorgen	46 (-3)	41 (-)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	44 (-)	49 (-1)
Energiewende zügig vorantreiben	40 (-6)	52 (+5)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	34 (-13)	57 (+14)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	34 (-7)	58 (+4)
Gesundheitswesen modernisieren	32 (-5)	57 (+2)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	32 (-4)	59 (+1)
Zuwanderung von Ausländern regeln	30 (-6)	63 (+5)
Altersversorgung langfristig sichern	27 (-7)	65 (+6)
Bedingungen der Pflege verbessern	25 (-4)	67 (+3)
Steuerlast gerecht verteilen	23 (-11)	68 (+8)
Erhebungszeitraum	04.-10.04.2018	

Lediglich in 7 von 21 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Dies ist der niedrigste Wert seit Beginn der Erhebung im April 2015.

Im Vergleich zum Vormonat ist in fast allen Politikfeldern der Anteil der Bundesbürger, der die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut bewertet, teils deutlich zurückgegangen. Das gilt besonders für die Bereiche "Arbeitslosigkeit bekämpfen", "Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen" (jew. -13 Prozentpunkte) und "Steuerlast gerecht verteilen" (-11 Prozentpunkte).

Derzeitige wirtschaftliche Entwicklung

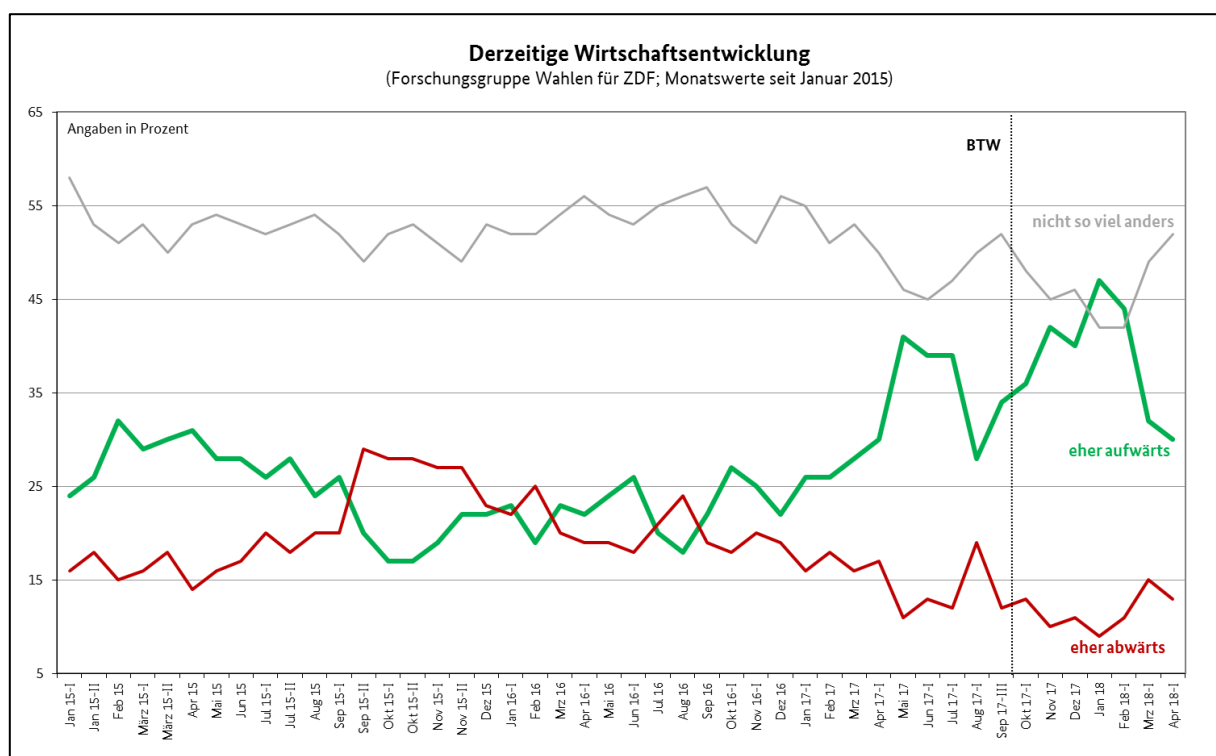
Angaben in Prozent

	FG	Wahlen
		für ZDF
eher aufwärts	30	(-2)
eher abwärts	13	(-2)
nicht so viel anders	52	(+3)
Erhebungszeitraum	10.-12.04.	

Die Einschätzung der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung hat sich im Vergleich zur KW 11 kaum verändert.

Anhänger der Linkspartei (35 %) sehen überdurchschnittlich häufig einen Aufwärtstrend.

Anhänger der AfD sehen sowohl überdurchschnittlich häufig einen Aufwärtstrend (36 %) als auch einen Abwärtstrend (28 %).



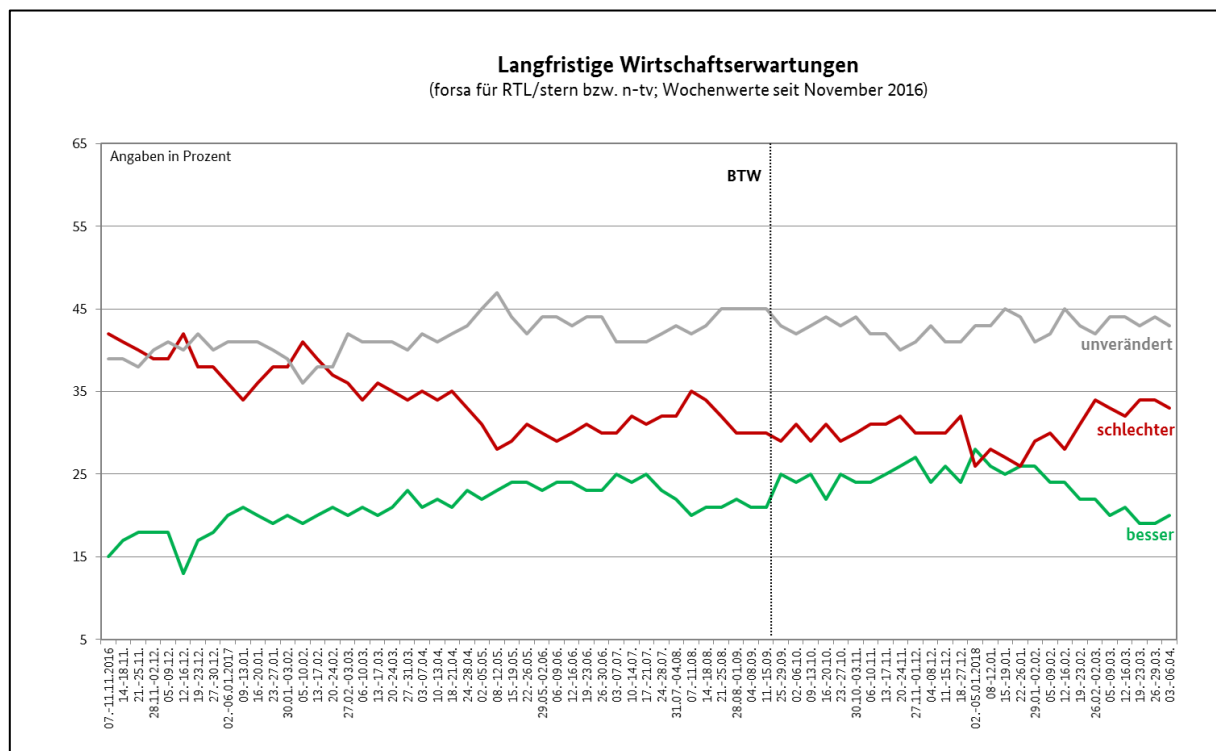
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	20	(+1)
schlechter	33	(-1)
unverändert	43	(-1)
Erhebungszeitraum	03.-06.04.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche leicht verbessert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt gleichwohl um 13 (-2) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Entwicklung im Land

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 12

Die Dinge entwickeln sich ...	forsa für BPA	
eher in die richtige Richtung	43	(-2)
eher in die falsche Richtung	47	(+3)
Erhebungszeitraum	03.-06.04.	

Unter 30-Jährige (52 %) sowie Anhänger der Union (60 %), der Grünen (53 %) und der SPD (48 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Entwicklung im Land eher in die richtige Richtung geht. Dieser Meinung sind Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (51 % zu 34 %).

Für Ostdeutsche (56 %), 30- bis 59-Jährige (55 %) und Geringverdiener (52 %) sowie für Anhänger der AfD (92 %) und der Linkspartei (56 %) geht die Entwicklung überdurchschnittlich oft eher in die falsche Richtung.

Zufriedenheit in Lebens- und Problembereichen

forsa für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 12

Wie zufrieden sind Sie ...?	(sehr) zufrieden	weniger bzw. gar nicht zufrieden
mit der Lebensqualität in Deutschland	85 (+1)	15 (-1)
mit der Lage am Arbeitsmarkt	68 (+1)	25 (-3)
mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität	52 (+3)	46 (-4)
mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte	42 (-)	50 (+1)
mit dem Schul- und Bildungssystem in Deutschland	35 (-1)	61 (-)
mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern	33 (-1)	62 (+1)
mit dem Ausmaß sozialer Gerechtigkeit	30 (-)	68 (-)
mit der Integration von Zuwanderern und Ausländern	28 (-3)	69 (+3)
mit der Sicherung der Altersversorgung in Deutschland	28 (+1)	69 (-2)
Erhebungszeitraum	03.-06.04.	

Jeweils eine Mehrheit der Bundesbürger in Deutschland zeigt sich mit der Lebensqualität (85 %), der Lage am Arbeitsmarkt (68 %) und dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität (52 %) (sehr) zufrieden. In sechs von neun Bereichen ist mindestens die Hälfte der Bevölkerung hingegen weniger oder gar nicht zufrieden.

Anhänger der Grünen (74 %), der Linkspartei (65 %) und der FDP (62 %) sind überdurchschnittlich oft (sehr) zufrieden mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität. Unter 45-Jährige sind häufiger (sehr) zufrieden als über 60-Jährige (61 % zu 40 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (62 % zu 28 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (58 % zu 40 %). Ostdeutsche (61 %) und Anhänger der AfD (80 %) sind überdurchschnittlich oft weniger bzw. gar nicht zufrieden.

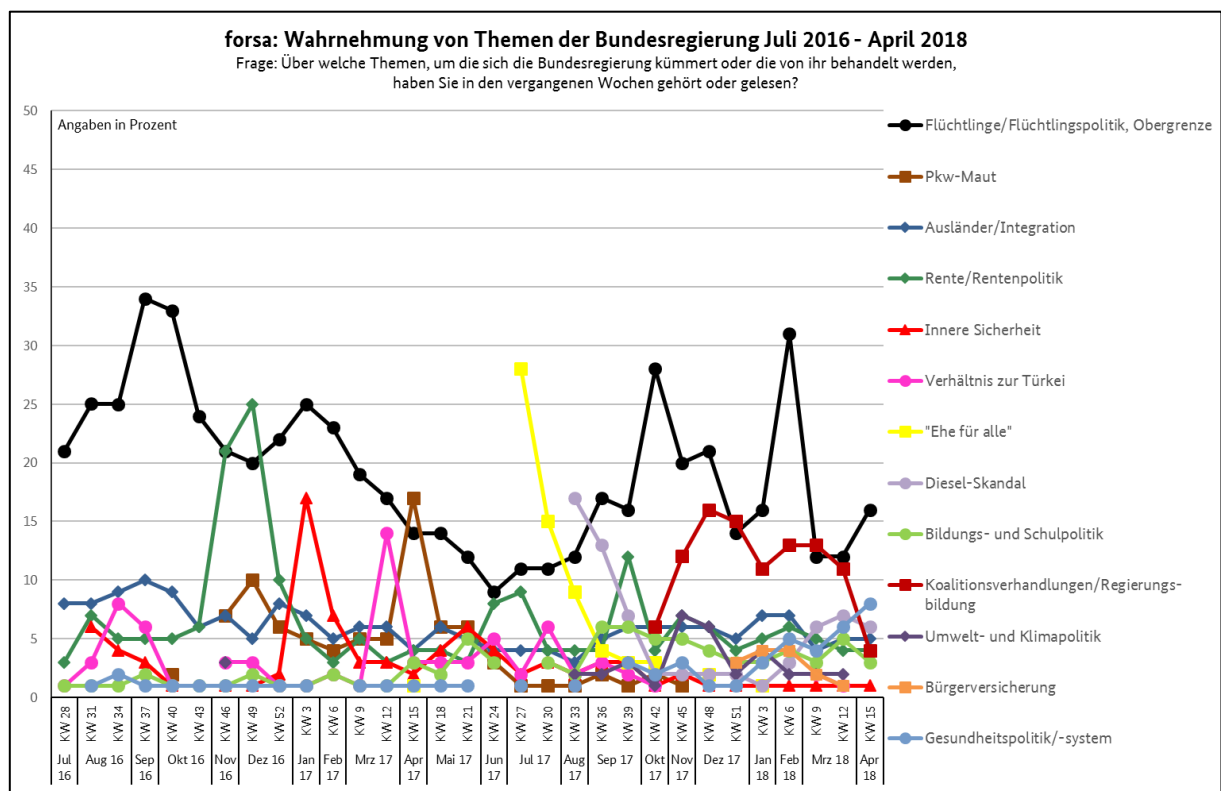
Ostdeutsche (79 %), 45- bis 59-Jährige und Geringverdiener (jew. 75 %) sowie Anhänger der AfD (91 %), der FDP (78 %) und der Linkspartei (75 %) sind besonders oft unzufrieden mit der Integration von Zuwanderern und Ausländern.

Wahrnehmung von Themen der Bundesregierung

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 12

	forsa für BPA
Flüchtlinge/Flüchtlingspolitik, Obergrenze	16 (+4)
Gesundheitspolitik/-system	8 (+2)
Diesel-Skandal	6 (-1)
Ausländer/Integration	5 (-)
Rente/Rentenpolitik	4 (-)
Koalitionsverhandlungen/Regierungsbildung	4 (-7)
Erhebungszeitraum	03.-06.04.

"Flüchtlinge/Flüchtlingspolitik, Obergrenze" ist das Thema, das die Deutschen in den vergangenen Wochen von der Bundesregierung am ehesten wahrgenommen haben. Überdurchschnittlich häufig wird es von Gutverdienern (21 %) genannt.



Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik	16 (-2)
Bürgerkrieg in Syrien, Giftgasangriff, Drohung Trumps	15 (+10)
Anschlag in Münster	10 (neu)
Koalitionsverhandlungen/Regierungsbildung/Neue Regierung	6 (+1)
US-Präsidentschaft Donald Trump	6 (+1)
Erhebungszeitraum	10.-11.04.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit den Themen "Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik" und "Bürgerkrieg in Syrien, Giftgasangriff, Drohung Trumps".

Personen mit einfacher formaler Bildung (23 %) sowie Anhänger der AfD (36 %) und der Union (22 %) nennen das Thema "Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik" überdurchschnittlich oft. Über 50-Jährige nennen es häufiger als unter 35-Jährige (21 % zu 9 %). Anhänger der Linkspartei (8 %) und der Grünen (10 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

Anhänger der Grünen (25 %), der Linkspartei (22 %) und der Union (20 %) erwähnen das Thema "Bürgerkrieg in Syrien, Giftgasangriff, Drohung Trumps" besonders oft. Personen mit hoher formaler Bildung nennen es häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (20 % zu 10 %).

